

## KURZNOTIZEN

## Neue Vhs-Kurse in Wetter

**WETTER.** Die Volkshochschule (Vhs) bietet folgende neue Kurse in Wetter an:

▶ Spanisch A1 – leichte Vorkenntnisse: Donnerstag, 24. September, 19.30 bis 21 Uhr, in der Wollenbergschule in Wetter (15 Termine);

▶ Englisch (A2) – Go for it! A2, Unit 9 (mit Grundkenntnissen): Donnerstag, 24. September, 18 bis 19.30 Uhr, in der Wollenbergschule in Wetter (15 Termine);

▶ Spanisch (A1) – Con gusto A1, Unidad 3 (leichte Vorkenntnisse): Mittwoch, 21. Oktober, 19.30 bis 21 Uhr: Wollenbergschule in Wetter (15 Termine);

▶ Englisch (A1) – Anfänger: Donnerstag, 22. Oktober, 19.30 bis 21 Uhr, Wollenbergschule in Wetter (10 Termine);

▶ Französisch (B1) – Parler couramment (gute Grundkenntnisse): Mittwoch, 28. Oktober, 18.30 bis 20 Uhr, Wollenbergschule in Wetter (10 Termine).

Anmeldeschluss für alle Kurse ist jeweils eine Woche vor Kursbeginn.

Informationen bei der Außenstelle Wetter/Münchhausen, Claudia Martschin, Telefon 06423/964247 oder unter [www.vhs.marburg-biedenkopf.de](http://www.vhs.marburg-biedenkopf.de).

## Es werden noch Freiwillige gesucht

**MARBURG.** Vom 24. Oktober bis zum 22. November findet die Haus- und Straßensammlung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge statt. Privatpersonen sind ebenso wie Schüler, Vereine und Organisationen dazu eingeladen, sich an den Sammlungen zu beteiligen. Die Erlöse kommen in Hessen vor allem der Jugend- und Bildungsarbeit des Landesverbandes zugute.

„Ich würde mich freuen, wenn sich auch bei uns in Marburg-Biedenkopf Menschen finden, die sich für die Sammlung des Volksbundes engagieren und damit diese wichtige Arbeit unterstützen möchten“, sagte Kreisbeigeordneter Marian Zachow.

Weitere Informationen: <https://hessen.volksbund.de>.

## Pattsituation bei Flüchtlingsfrage

Kreistag befasste sich mit gleich mehreren Resolutionen zur Situation der Geflüchteten im griechischen Lager Moria

VON INA TANNERT

**STADTALLENDORF.** Während der knapp fünfstündigen Sitzung des Kreistags am Freitag nahm die Debatte um eine potenzielle Aufnahme von Geflüchteten aus Lesbos einigen Raum ein und führte zuvor zu gleich mehreren Resolutions- und Änderungsanträgen. Über diese befasste sich das Gremium mit der Situation von mehr als 13000 Geflüchteten im abgebrannten Lager auf der griechischen Insel Lesbos. Keiner der Anträge erhielt eine Mehrheit.

## Menschenrechte und europäisches Recht wahren

Die Linken hatten in ihrem Resolutionsantrag gefordert, dass der Kreis angesichts der humanitären Notlage in Moria in Richtung Land und Bund die Bereitschaft signalisiert, 200 betroffene Menschen aufzunehmen, bevorzugt Minderjährige, chronisch Kranke und Familien aus dem abgebrannten Lager. Die EU habe zwar das Recht, ihre Außengrenzen abzusichern, dabei müssen jedoch „die Menschenrechte beachtet und europäisches Recht gewahrt bleiben“, heißt es in der Antragsbegründung.

„Es braucht eine große Lösung, die sich nicht auf Notfallsituationen beschränkt.“

Julian Schweitzer, SPD

Zudem solle sich der Kreis der Forderung an das Bundesinnenministerium anschließen, dass 5000 betroffene Menschen aus Lesbos und unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aus allen Lagern nach Deutschland geholt werden, erklärte Fraktionsvorsitzende Anna Hofmann. Darüber hinaus solle der Kreis ein Signal in Richtung EU senden, „zu einer humanitären Flüchtlings- und Asylpolitik zurückzukehren und Europa nicht weiter zu einer Festung auszu-



Rund fünf Stunden tagte der Kreistag am Freitag in der Stadthalle Stadtallendorf und befasste sich auch mit der Frage, ob Geflüchtete aus dem griechischen Lesbos im Kreis aufgenommen werden sollten.

FOTO: THORSTEN RICHTER

bauen“ und darüber hinaus die griechischen Flüchtlingslager aufzulösen und die Geflüchteten nach einem Quotensystem auf die EU-Länder zu verteilen. Für eine „ausgewogene Verteilung der Flüchtlinge auf die EU-Staaten“ setzte sich auch die SPD in einem eigenen Antrag ein – die Koalitionspartner hatten sich im Vorfeld nicht auf einen gemeinsamen Antrag einigen können. Der SPD-Antrag verzichtete auf genaue Zahlen und beinhaltete einen Appell des Kreistags an die Bundesregierung, sich für eine „humanitäre und gemeinsame europäische Lösung der unhaltbaren Zustände“ auf Lesbos einzusetzen. Im Rahmen einer solchen Lösung solle sich der Kreis bereiterklären, eine reguläre Zuweisung von Geflüchteten zur Betreuung

zu übernehmen. Für sich habe der Landkreis „nicht die alleinige Kompetenz“ in dieser Sache, es brauche „eine große Lösung, die sich nicht auf Notfallsituationen beschränkt“, so Julian Schweitzer von der SPD zum Änderungsantrag der Fraktion. Die sprach sich zudem für eine Prüfung aus, ob sich die Kapazitäten der Kinder- und Jugendhilfe im Kreis zur Unterbringung weiterer minderjähriger Geflüchteter ausbauen lässt.

## CDU: Hilfe vor Ort statt Aufnahme von Geflüchteten

Die CDU pochte in ihrem eigenen Antrag auf die geltende europäische Rechtslage und darauf, dass man weder durch EU-Politik noch Bundes-, Landes- oder Kommunalpolitik „Anreize zur Flucht schaffen

oder verstärken“ sollte, auch nicht in der aktuellen Situation nach dem Brand im Lager von Moria. Um den dort betroffenen Menschen zu helfen, seien alle EU-Staaten aufgefordert, den griechischen Behörden „umgehend die notwendige Unterstützung zukommen zu lassen“. Nicht im Antrag enthalten war die eventuelle Aufnahme von Geflüchteten im Landkreis; CDU-Fraktionsvorsitzender Werner Waßmuth verwies darauf, dass es keinen Kreisbeschluss dazu brauche – wenn in Deutschland Geflüchtete aufgenommen werden, würden diese sowieso bundesweit auf die Kommunen verteilt.

Während der Abstimmung erhielt der CDU-Antrag jeweils genau 29 Ja-Stimmen, von den Fraktionen der CDU, Freien Wähler, AfD und FDP,

und ebenso viele Neinstimmen, von den Linken, Grünen und der SPD. Piraten und Liberale hatten sich enthalten. Da eine Stimmgleichheit erreicht wurde, gilt der Antrag als abgelehnt.

## Resolutionen „verstecken sich hinter der EU“

Für den Antrag der SPD stimmte nur diese Fraktion. Den der Linken unterstützten die Grünen: Die anderen Resolutionen würden sich „hinter der EU verstecken“, erklärte Stephanie Theiss von den Grünen. Dabei bräuchten die Geflüchteten in Moria „jetzt Hilfe, und auch der Kreis kann mitwirken“. Etwa indem dazu als Reaktion auf die aktuelle Lage Programme erstellt und Flüchtlinge aufgenommen werden, so Theiss.

## Die Erinnerung bleibt präsent

Am Sonntag gab der Arbeitskreis der Landsynagoge Roth Besuchern Einblicke in das einstige jüdische Leben im Ort

VON INA TANNERT

**ROTH.** Am Tag des offenen Denkmals am Sonntag begrüßte der Arbeitskreis der Landsynagoge Roth Besucher in den Räumen der Synagoge und informierte über die Geschichte des Hauses und der einstigen jüdischen Bevölkerung. Bei verschiedenen Filmführungen erfuhren die Gäste Details über das jüdische Leben im Ort vor der Nazizeit, das über Jahrhunderte wuchs und im 19. Jahrhundert seine Blütezeit erreichte. Mit Beginn des Nationalsozialismus lebten noch sechs jüdische Familien in Roth – jene Mitglieder, denen nicht die Flucht ins Ausland gelang, wurden deportiert und ermordet, das mehr als 400 Jahre andauernde jüdische Leben im Ort vernichtet.

Die Erinnerung an die früheren Mitbürger wie die Baugeschichte ihrer einstigen Synagoge erhält der Arbeitskreis aufrecht. Neben regelmäßigen Führungen und Vorträgen gibt es auch gemeinsame Pro-

## Roths Bürgern ist die Erinnerung an das jüdische Leben im Ort präsent

jekte mit den Nachkommen der Juden aus Roth, die flüchten konnten und etwa in den USA oder England ein neues Leben begannen. Per Film wird auch das heutige Geschichtsbewusstsein vieler Rother dokumentiert, etwa der Menschen, die heute in den Häusern leben, die einst Juden aus dem Ort gehörten. Die heutigen Bewohner haben mehr als andere deren Geschichte hautnah vor Augen, manche legen an Gedenktafeln auf die Stolpersteine mit den Namen der früheren Mitbürger.

Die geschichtsträchtige Synagoge war am bundesweiten Aktionstag einer von wenigen Orten, die überhaupt und unter Einhaltung der Corona-Verordnung persönlich besucht werden konnten. Die meisten Teilnehmer zum Tag des offenen Denkmals hatten

pandemiebedingt auf digitale Angebote, etwa in Form von Bild-Präsentationen oder Online-Vorträgen, zurückgegriffen. Die in den 1830er Jahren erbaute Synagoge fiel den in der Nacht des 9./10. Novembers 1938 stattgefundenen Pogromen zum Opfer und wurde bereits am Abend des 8. Novembers 1938 von SA-Leuten aus verschiedenen Orten, darunter auch Rother, zerstört. Wegen der eng angrenzenden Gehöfte kam es nicht wie andersorts zu Brandstiftung, die gesamte Inneneinrichtung wurde jedoch zerstört.

Am 9. Februar 1939 musste die jüdische Gemeinde die Synagoge mit Mikwe und Grundstück an zwei Anwohner verkaufen. Das rituelle Tauchbad wurde um 1957 abgerissen, die Synagoge zuletzt als Getreidespeicher genutzt. 1990 erwarb die Gemeinde Weimar Gebäude und Grundstück mit finanzieller Hilfe des Landkreises, der das Haus in 1995 zum symbolischen Preis von einer D-Mark übernahm und in den Folgejahren sanieren ließ.



Am Sonntag hatten Besucher zum Tag des offenen Denkmals Gelegenheit mehr über die Landsynagoge in Roth zu erfahren. Über deren Geschichte berichtete Gabriele Schmitt vom Arbeitskreis.

FOTO: INA TANNERT

## 30 neue Infektionen in einer Woche

**MARBURG.** Acht Neuinfektionen mit dem Coronavirus hat das Gesundheitsamt des Landkreises Marburg-Biedenkopf am Wochenende verzeichnet. Das teilte die Pressestelle gestern mit. 37 aktive Corona-Fälle werden Stand gestern (13. September) vom Gesundheitsamt des Landkreises betreut. Das sind drei mehr als noch am Freitag. Die Gesamtzahl der seit März nachgewiesenen Infektionen mit dem Coronavirus beläuft sich auf 374 (Freitag: 366). Auch die Zahl der Genesenen stieg seit Freitag an – von 328 auf 333 gestern. Zwei der aktiven Fälle werden stationär behandelt, einer sogar intensivmedizinisch, wie die Pressestelle des Landkreises mitteilt.

Binnen einer Woche stieg die Zahl der Neuinfektionen insgesamt um 30 Fälle an. Vergangenen Sonntag lag die Gesamtzahl noch bei 344.